

**Bundespräsidialamt
Abteilungsleiter Inland
Herrn Dr. Oliver Schmolke
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Mannheim, den 04.12.2019

„30 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit“ Halbzeitbilanz

Sehr geehrter Herr Dr. Schmolke,

das Jubiläum "30 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit" wird in ein paar Wochen den Zenit überschritten haben. Die "Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V." hatte bereits zu Beginn des Jahres 2019 signalisiert, dass das Thema "Flucht und Ausreise" und die "deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration" als Vorläuferin einer DDR-Bürgerbewegung in die politische Würdigung einbezogen werden müsse. Wir hatten unsere Mitarbeit angeboten.

Unsere bisherige Bilanz: Negativ.

1. Mehrfache unserseitige Vorstöße bei der eigens gegründeten, von Matthias Platzek geleiteten "Kommission 30 Jahre Einheit und Friedliche Revolution" blieben ohne Echo.
2. 104. Plenardebatte im Bundestag am 6. Juni 2019 ohne Erwähnung des Phänomens "Flucht und Ausreise". In den Anträgen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP (Drucksachen 19/10613, 19/10614) hatte es keinerlei Hinweise auf das politisch und historisch bedeutsame Thema "Flucht und Ausreise" im Kontext zum Ereignis "Sturz der SED-Diktatur" gegeben.
3. Unsere nachträglichen und diesbezüglichen Mahnungen an die Fraktionsvorsitzenden und parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen blieben ohne Antwort. Auch die Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer, Markus Söder, Malu Dreyer, Thorsten Schäfer-Gümbel, Manuela Schwesig, Christian Lindner reagierten allesamt nicht auf unsere Ansprache.
4. Der Herr Bundespräsident hatte in seiner Rede vom 9. November 2019 in Leipzig die Vorgänge des Jahres 1989 (Ungarn, Prag, Demonstrationen in den Großstädten der DDR) zwar ausdrücklich gewürdigt, aber die Flucht- und Ausreisebewegung in der Zeit der Teilung Europas unerwähnt gelassen. Ich verweise insoweit auf meine e-mail – Mitteilung vom 30.10.2019 an Sie.
5. Auch unsere Briefe an den Bundesinnenminister Horst Seehofer und die Bundeskanzlerin Angela Merkel (siehe Anlage) blieben bislang ohne Antwort.

Diese bitteren Erfahrungen decken sich mit der bilanzierenden Erkenntnis, dass der seit vielen Jahren schwelende Konflikt zum Thema "DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte rückwirkende Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR" auch in den Jubiläumsjahren immer noch ohne erkennbare Kenntnisnahme vor sich hin dümpelt.

Die Petition/Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233 liegt seit April 2018 auf dem Tisch des Bundestages. Der Petitionsausschuss hat (nach unserer Kenntnis) bisher noch nichts weiter getan als eine Stellungnahme des BMAS anzufordern. Dass diese Stellungnahme ablehnend ausfallen musste, liegt an der fest zementierten Voreingenommenheit der Bundesregierung. Es hat den Anschein, dass diese Vorgabe aus der Bundesregierung eine eigenständige objektive Prüfung der Angelegenheit durch den Bundestag behindert.

Die ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller, aus politischer Haft Freigekauften, Abgeschobenen, zumindest soweit sie Mitglieder der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ sind, sind zutiefst frustriert über diese Art der Demütigung, die sie zu Recht als Diskriminierung empfinden.

Wie gesagt: Die Petition liegt vor. Es gibt auch die (wie zu erwarten ablehnende) Stellungnahme des BMAS dazu. Diese verlangte geradezu nach einer Richtigstellung in Form einer Gegenstellungnahme.

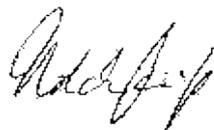
Aufgrund des Gewichtes unseres Vorbringens und der erkennbaren Verweigerungshaltung der Bundesregierung haben wir einem renommierten Rechtsanwalt das Mandat erteilt, die Petenten vor Bundestag und Bundesregierung zu vertreten. Wir konnten dafür den Verfassungs- und Verwaltungsrechtler Stephan von Raumer gewinnen, der eine fundierte Gegenstellungnahme verfasst hat. Herr von Raumer ist übrigens auch für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg tätig.

Wir halten es für unverzichtbar, diese Dokumente dem Herrn Bundespräsidenten zur Verfügung zu stellen, auch wenn es sein Amt nicht zulässt, durch direktes Handeln Einfluss zu nehmen.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Schmolke, eine gesegnete Adventszeit. Bitte richten Sie auch dem Herrn Bundespräsidenten unsere Grüße aus.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr



Jürgen Holdefleiß, Vorsitzender IEDF

Anlagen:

- Brief an Innenminister Horst Seehofer vom 17.09.2019
- Brief an die Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 10.11.2019
- Dokumente zum Petitionsverfahren (Petition/Beschwerde, Stellungnahme BMAS, Gegenstellungnahme)